

## Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(51. Sitzung am 17. Juni 2020)

### Beratungsthemen:

#### Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3621](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

2. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zuständigkeit hamburgischer Gerichte für gerichtliche Entscheidungen im Zusammenhang mit der Vollstreckung und dem Vollzug von Jugendarrest, Untersuchungshaft, Jugendstrafe und Freiheitsstrafe in der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/6070](#)

Der Ausschuss folgte dem Votum seines Unterausschusses „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ und empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

Berichterstatter (schriftlicher Bericht): Abg. Dr. Genthe.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Bestellung einer oder eines Beauftragten gegen Antisemitismus**  
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2903](#)

Der - federführende - Ausschuss beriet über den Antrag. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf für erledigt zu erklären, weil die Landesregierung inzwischen einen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens berufen hat.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* -

Auf eine Berichterstattung verzichtete der Ausschuss.

4. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**  
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4825](#)
- b) **Aufnahme der sexuellen Identität ins Grundgesetz**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4828](#)
- c) **Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung der Diskriminierungsverbote in der Niedersächsischen Verfassung**  
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5073](#)
- d) **Modernisierung von Diskriminierungsverboten**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/5074](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung der Gesetzentwürfe und der Anträge. Er legte einige Anzuhörende für die mündliche Anhörung fest und stellte den Fraktionen anheim, bis zum Ende der nächsten Woche weitere Anzuhörende zu benennen.

5. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Landtages bei Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes**  
Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6297](#)
- b) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Bekämpfung der Coronavirus-Epidemie**  
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6381](#)

Der - federführende - Ausschuss setzte die Beratung über die Gesetzentwürfe fort.

Er beschloss, die Frist für eine Stellungnahme in der schriftlichen Anhörung bis zum Ende der parlamentarischen Sommerpause zu verlängern.

Der Ausschuss bat den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, nach der Sommerpause zu den beiden Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen, insbesondere in verfassungsrechtlicher Hinsicht.

6. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:  
Organstreitverfahren der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP im Niedersächsischen Landtag gegen die Niedersächsische Landesregierung wegen Verletzung der Unterrichtspflicht nach Art. 25 Abs. 1 NV (Niedersächsische Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie) - StGH 3/20**

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, vor einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

7. **Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt erhalten: Medienunternehmen und freie Journalistinnen und Journalisten unterstützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6380](#)

Der - federführende - Ausschuss beriet über den Antrag. Er folgte dem Votum seines Unterausschusses „Medien“ und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE

*Enthaltung:* -

8. a) **Niedersachsen in der Krise - Wie schafft das Land die Rückkehr zu gesellschaftlicher, ökonomischer, kultureller und bildungspolitischer Normalität?**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6294](#)

b) **Corona-Krise in Niedersachsen durch Stufenstrategie begegnen: Bürger, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen in die Selbstbestimmung entlassen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6299](#)

Der Ausschuss, der vom - federführenden - Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um Stellungnahme zu den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Punkten des Antrages gebeten worden war, bat das Justizministerium, ihn in einer der nächsten Sitzungen zu diesen Punkten zu unterrichten.

9. **Gerechtigkeitslücke schließen - Wohnraumschaffung begünstigen und Rechtsfrieden stärken**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5867](#)

Auf Bitten des Ausschussmitgliedes der Fraktion der AfD setzte der Ausschuss diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

10. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren bezüglich der Veröffentlichung von Erlassen des MJ zum Umgang mit dem Coronavirus**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

11. **Fall „Madeleine („Maddie“) McCann“**

Der Ausschuss nahm einen Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu diesem Fall an.

**Vertraulicher Sitzungsteil**

12. **Fall „Madeleine („Maddie“) McCann“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen.